

Bezugspreis

Der Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 1,40 Mark, vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post 4,25 Mark auswärts. Zustellungsgebühren, Befragungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Bezeichnung der Zeitungen, die unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Halle-Zeitung gesteuert. Leitung der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Landes-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werd. 2. 7. 1918. 38 mm Br. Kolonelle 00. der. Raum mit 30 Pf. u. 10 % Zuschlag berechnet und in umf. Anzeigen-Abteilung u. allen Anzeigen-Geschäfts-Angelegenheiten die 78 mm breite Zeile 1 Mk. u. 10 % Zuschlag. Anzeigen - Annahmestelle vorm. 11 Uhr, für die Sonntags- u. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint wöchentl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. 5. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 12. Dr. Grunhaustr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 296.

Halle, Donnerstag, den 27. Juni.

1918.

Neues Luftbombardement von Paris.

Feindliche Beobachter auf der Kathedrale von Reims erneut festgestellt. — Fünf feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. Juni. (Amtlich.) W e i k l i c h e r K r i e g s b e r i c h t. Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Die Lage ist unverändert. Die Lage nördlich des Feindes nördlich der Scarpe und Somme, westlich von Soissons und südwestlich von Reims. Auf der Kathedrale von Reims wurden erneut Beobachter des Feindes erkannt. Während der Nacht nahm die Wirksamkeit auch an der östlichen Front zwischen Vier und Marais in Verbindung mit Erkundungsgeländen der Infanterie wieder zu.

Heeresgruppen Kronprinz.

Auf dem östlichen Mars-Flügel führten wir erfolgreiche Erkundungen durch. Nördlich von St. Mihiel wurde ein stärkerer Vorstoß des Feindes abgewiesen.

Aus feindlichen Bombenflügen, die in den beiden letzten Tagen vom Angriff gegen Karlsruhe, Offenburg und das lothringische Industriegebiet vorrückten, wurden fünf Flugzeuge abgeschossen.

Unsere Bombengeschwader griffen gestern Paris und auf dem Wege dorthin Baintoncamp und Flugplätze des Feindes an.

Feindtun Rumex errang gestern 25. Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

16 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 26. Juni. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch unsere U-Boote wiederum 16 000 T. s. t. feindlichen Schiffsräume vernichtet. Zwei Dampfer wurden im Belausgange des Kanals aus fast gähnender Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Gerüchte über die Jarenermordung.

Genf, 27. Juni. (Privattelegramm.) Nach einem Stockholmer Telegramm nimmt am Montag auch die russische „Pravda“ Stellung zu den Gerüchten von der Ermordung des russischen Jaren. Die „Pravda“ schreibt, die Nachrichten klingen nicht unglaublich, nachdem die Wahrscheinlichkeit des Jaren's tödlichen Verfalls schon zwei Angriffe erregter Bolschewiken gegen das Leben des Jaren mühsam vereitelt hätten. Es lägen von mehreren Seiten Einzelheiten über die angebliche Ermordung vor, die der amtlichen Erklärung bedürftig, die wohl für die nächsten Tage zu erwarten sei.

Nur eine Räubergeschichte?

Stockholm, 27. Juni. (Privattelegramm.) Die Meldung der russischen Zeitung „Wostok“, daß der Jare in einem roten Anzuge erstickt worden sei, wird in einem Telegramm aus Petersburg laut „Swenska Dagbladet“ als Räubergeschichte ohne tatsächliche Grundbelege bezeichnet.

Die Reform des Auswärtigen Amtes.

Köln, 27. Juni. (Privattelegramm.) In der vorgestrigen Sitzung des Reichstages ist der nationalliberale Antrag, den Reichstagskanzler zu ersuchen, baldmöglichst einen Ausschuß zur Prüfung der Frage der organischen Reform des Auswärtigen Amtes einzusetzen, durch den Abgeordneten Geisler dem Hauptauswärtigen zur Beratung überwiesen worden. Man dürfe, so schreibt die „Kölnische Zeitung“, nach den jüngsten Erfahrungen damit rechnen, daß dieser Antrag erst im Hauptauswärtigen und in der Vollziehung des Reichstages rasch erledigt und dann angenommen wird.

Die Stellung Ludendorffs.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In politischen Kreisen beschäftigt man sich begrifflichstrenge mit der Rede Ludendorffs, die jetzt, nachdem die Stimmen aus dem feindlichen Ausland vorliegen, selbst von denen mißbilligt wird, die bisher noch Entschuldigungen für Ludendorff fanden. Man ist in allen Parteien einig darüber, daß Ludendorff gehen will. Freilich gelten für die Rechte dabei andere Gründe als für die Linke. Während man auf der Rechten und in den Mittelparteien nur von einer Ludendorff'schen Krise spricht, erklären die Sozialdemokraten, eine Ludendorff'sche Krise könne es nicht geben. Es sei eine Regierungskrise eingetreten, die nur durch den Rücktritt der ganzen Regierung gelöst werden könne.

Als Friedensoffensive verdächtig.

Zürich, 27. Juni. (Privattelegramm.) Nach Walländer Telegrammen schreiben „Secolo“ und „Corriere della Sera“,

die neue Rühlmannrede sei die Fortsetzung aller bisherigen Friedensoffensiven der Mittelmächte. Beide Mächte verpflichten die Rinde und sehen in keinem Falle die Möglichkeit, zu positiven und annehmbaren Verhandlungen zu kommen.

Das bisherige Ergebnis der Ludendorff-Spende.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Ergebnisse der Ludendorff-Spende überliegen bei weitem die Erwartungen. Bis zum Abschluß der letzten Woche waren nach vorläufigen Schätzungen 130 Millionen Mark aus einzelnen Sammlungsergebnissen im Reich zusammengekommen.

Der Kaiser an Bürgermeister Predöhl.

WTB. Hamburg, 26. Juni. Der Kaiser sandte an den Bürgermeister Predöhl zum heutigen Erinnerungstage seiner vor 25 Jahren erfolgten Wahl in den Senat folgendes Telegramm:

Am dem Tage, an dem Sie auf eine 25jährige Tätigkeit als Mitglied des hamburger Senats zurückblicken, eine Zeit reich an Arbeit und Erfolgen, gedente ich Ihrer mit warmen Glück- und Segenswünschen. Sie haben zu Ihrem Teile mitgewirkt an der gemaligen Entwicklung, die in den letzten Jahrzehnten bis zum Kriegsausbruch die alte Hansestadt Hamburg zu neuer Blüte geführt hat. Durch zähe Arbeit und gelunden Unternehmungsgeist hatte sich Hamburg eine hervorragende Stellung im Reich erworben. Ihr Engagement für das Vaterland zeigt, wie Sie es Ihnen verdient sein, auch in der kommenden Friedenszeit Ihre Kräfte dem Wiederaufbau von Handel und Schiffahrt zu widmen und es zu erleben, wie die durch den Krieg geschlagenen Wunden heilen und überall sich neues kräftiges Leben regt.

Wilhelm I. R.

Die Kämpfe an der italienischen Front.

WTB. Wien, 26. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die schwersten Kämpfe auf der Hochfläche der Eichen-Gebirge und östlich der Brenta dauerten am 24. Juni bis in die Dunkelheit fort. Am jeden Preis wollte der Gegner seine am 15. Juni verlorenen Stellungen wieder gewinnen. Heftige, stellenweise zum Zornschmelzer gesteigerte Artilleriekämpfe leitete seine Aktionen ein, die aber alle erfolglos blieben. Am Col del Nollo wies das Infanterieregiment Nr. 114 zwei starke feindliche Angriffe ab. Am Monte Melone, wo der Feind in den Abendstunden zum siebentmal gegen unsere Linien vorrückte, war ihn der Gegenstoß unserer Reserve unter schwersten Verlusten restlos zurück. An den anderen Abschnitten der Gebietsfront konnten unsere Festwachen nach erfolgreichem Kampfe merklich vorgehoben werden. Im Laufe der Nacht brachen mehrere feindliche Posten beiderseits der Brenta schon im Abmarsch zusammen. In diesen Kämpfen wurden einige hundert Gefangene. Infolge der erlittenen außerordentlichen Verluste wiederholte der Gegner am 25. Juni seine Angriffe nicht.

„Es war keine Flucht.“

WTB. Rotterdam, 26. Juni. Laut „Nieuwe Rotterdam“ schreibt „Manchester Guardian“: Es wäre unannehmlich, jetzt von den Italienern einen größeren Vormarsch über die Rinde zu erwarten. Der Rückzug der Oesterreicher nach der Alpenlinie sei keine Flucht gewesen. Für die Italiener würde es schwierig sein, einen raschen Vormarsch gegenüber dem Stills über den Fluß zu unternehmen. Man dürfe keine Erwartungen nicht zu hoch fassen.

Meinungsveränderlichkeiten in der Entente

Zürich, 27. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern sind wieder zahlreiche Truppenansammlungen beobachtet worden, die diesmal aus Italien nach Frankreich gingen. Wie es heißt, sollen die französischen und die italienischen Truppen die nach Italien gelangt worden sind, die sie in den Kampf eingriffen, wieder nach Frankreich zurückgeführt worden sein. In Italien herrscht nämlich die Ansicht, daß bis auf weiteres mit einem neuen Vorstoß der Oesterreicher nicht gerechnet werden kann. Außerdem ist in vielen Kreisen die Ueberzeugung fast geworden, daß die Niederlage der Oesterreicher ihnen eine neue Offensive nicht mehr raten lassen würden. Nach Meldungen aus England jedoch scheint man dort die Lage anders zu beurteilen als in Italien, denn der „Manchester Guardian“ schreibt, die österreichische Offensive sei nur durch ein Reitererlebnis aufgeschoben worden; aufgehoben sei sie gewiß nicht. Man müsse sich deshalb auf eine neue Ueberwindung gefasst machen.

(Letzte Derselben siehe auch Seite 3.)

Litauische Wirtschaftsfragen.

Wenn auch gegenüber dem Rühlmann's „Zustimmung“ diesmal bei der Durchsprechung unserer auswärtigen Politik im Reichstage die meisten anderen aktuellen Fragen in den Hintergrund traten, so hat doch auch im Zentrum des Problems der Randstaaten, insbesondere der an Deutschland und Oesterreich grenzenden, eine gewisse Rolle gespielt. Einer der Redner hat nicht mit Unrecht gemeint, daß gewisse Reibungen zwischen der vorläufigen militärischen Vermeidung und der einheimischen Bevölkerung immer vorhanden seien und immer wieder vorzukommen würden, doch es nur darauf ankomme, diese Gegensätze und Reibungen nach Möglichkeit gegeneinander abzufügeln. Diese Sätze bezogen sich auf die herbe Kritik, die am ersten Tage (am 6. Juni) der Abgeordnete Gröber wie der Abgeordnete David an der Behandlung dieser Randstaaten geübt haben. Der Abgeordnete Gröber namentlich hat dabei und mit Recht gezeigt, wie im Postverkehre mit Litauen noch immer die litauische Sprache verkehrt sei, wie man in Wilna alle die Schulen geschlossen habe, die sich nicht verpflichteten, eine bestimmte Zahl deutscher Unterrichtsstunden einzuführen; er hat ferner darauf hingewiesen, wie man dem litauischen Landestax die Reise nach Berlin und München ungerechtfertigterweise unterlagt habe usw. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Klagen steht auch eine „kleine Anfrage“ des nationalliberalen Abgeordneten Schwabach, die über die Schwierigkeiten der Beschaffung von Holz, die man noch immer dem Verkehre der bürgerlichen Bevölkerung von Ostpreußen nach den litauischen bzw. den russischen Nachbarstaaten in den Weg legt, hindernisse, die die Wiederankämpfung auch nur der beschiedenen Verkehrs, geschweige denn der so notwendigen wirtschaftlichen Beziehungen geradezu unmöglich machen. Für die Einzelne z. B. deutscher Kaufleute nach Ausland und Litauen ist noch immer neben dem politischen Maß eine besondere militärische Erlaubnis erforderlich, deren Beschaffung, wenn sie überhaupt erfüllbar ist, Wochen in Anspruch nimmt. Das steht auf demselben Gebiete wie die anderen, ebenfalls im Reichstage wiederholt geäußerten, aber noch immer nicht beseitigten Maßnahmen des sogenannten Grenzschutzes: die Aufrechterhaltung des verschärften Lagerungsstandes in Königsberg, die Passportschranken für das Reichsgebiet nördlich des Memelstromes, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind der Zivilbevölkerung täglich und stündlich den Fuß bei sich führen müssen, und endlich die Brückenzurück für dieses selbe Gebiet, die sich trotz auf den amtlichen Briefwechsel der Behörden usw. erstreckt. Der Abgeordnete Gröber hat, wiederum mit vollem Rechte, darauf hingewiesen, daß Ostpreußen doch künstlich nicht mehr an der preußischen, sondern an der polnisch-russischen Grenze verortet werde, und doch diese Maßnahmen heute nicht mehr ein Gebot der Notwendigkeit, sondern nur noch ein fast schikanös wirkendes und offenbar vergebliches Ueberbleibsel aus dem ersten Kriegsjahre seien.

All die bereits erwähnten Redner haben warme Worte dafür gefunden, wie notwendig es sei, nun die Herzen der Litauer zu gewinnen. Der konervative Abgeordnete Dr. Guggal, der die schon bisher zum Teiligen Reiche gehörenden litauischen Bezirke im preussischen Abgeordnetenhaus vertritt, hat außerdem aber, gleichfalls in den letzten Tagen noch, darauf Gewicht gelegt, wie sehr es nun an der Zeit sei, den Litauern auch den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Landes zu ermöglichen. Es ist unseres Erachtens außerordentlich bedauerlich, daß man auch auf diesem rein ökonomischen Gebiete, das doch mit der Lösung der verfassungs- und staatsrechtlichen Fragen recht wenig zu tun hat, aus dem Stadium der „Erwägungen“ noch nicht herausgekommen ist. Hier stehen wir vor Aufgaben, die im weitestliegenden Interesse, in litauischem wie in deutschem, unter allen Umständen gelöst werden müssen, wie immer auch das staatsrechtliche Schicksal Litauens sein möge, die aber vor allen Dingen bald in Angriff genommen werden müssen.

Schon in den Zeiten, da noch der Graf von Kerpelinck Kommissar beim Reichstagskanzler für Litauen und die besetzten Ostpreußen war, ist von dieser, wie man annehmen darf, hochwichtigen Stelle aus auf die großen und bedeutungsvollen Möglichkeiten hingewiesen worden, die sich unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen, den Bedürfnissen der Ein- wie der Ausfuhr, in Litauen eröffnen. Die Intensivierung der litauischen Landwirtschaft vor allem, von der Graf Kerpelinck und andere meinen, daß sie das Land geradezu zu einer Korn- und Viehstammer für Deutschland machen könnte, brauchte tatsächlich nicht auf die lange Bank geschoben zu werden. Unter den Veröffentlichungen des an der Könige-

Die rumänischen Verträge im Hauptauschuß.

Das künftige Schicksal der rumänischen-Petroleum-Industrie. — Sicherungsmaßnahmen gegen einen drohenden Wirtschaftskrieg. — Wer hat den Hauptprofi? — Die Berücksichtigung der deutschen Interessen.

In weiteren Berichten der Ausschüsse der Beratungen sagte Staatssekretär Dr. v. Köhler: Ebenfalls sind ja, wenn sie einmal entstanden sind, nur schwer zu beseitigen, aber um einer Gegenüberstellung entgegenzutreten, muß ich betonen: es kann keine Rede davon sein, daß ich mich auf eine lange Dauer des Kriegs festlegen habe.

Ministerialdirektor v. Koerner wendet sich gleichfalls gegen Dr. Köhler, der, zu Unrecht bemängelt habe, daß der jetzige Vertrag nur eine Nachahmung des früheren Vertrages sei. Wir müßten doch an die Verhältnisse vor dem Kriege anknüpfen. Wenn Dr. Köhler ferner bemängelt hat, daß die Übertragungszeit nicht befristet sei, so halten wir das gar nicht für möglich, da die Dauer der Übertragungszeit ja von dem Zeitpunkt des allgemeinen Friedensschlusses abhängt.

Damit war die Beratung des deutsch-rumänischen wirtschaftspolitischen Zulassungsvertrages beendet. Es folgt das deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänische Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen nebst dem nachgehörigen Abkommen über die

Beteiligung Deutschlands und Österreich-Ungarns an der rumänischen Petroleumindustrie.

Hierzu liegt eine Entschliessung des Zentrums vor, die den Reichstagen erklärt, daß bei Ausübung des Abkommens über die rumänische Petroleumindustrie gleichmäßig die wirtschaftliche Befähigung berücksichtigt, und daß die berechtigten inländischen Wirtschaftsinteressen hierbei berücksichtigt werden. Eine zweite Entschliessung des Zentrums erlaubt den Reichstagen, bei der Ausführung des Petroleumabkommens dafür zu sorgen, daß eine ausreichende Gewinnbeteiligung des Reiches gesichert wird.

Abg. Erberger (Str.): In welchen Händen befinden sich die Anteilscheine der drei größten Gesellschaften? Zu begreifen ist, daß man den Wünschen der Anteilseigner nicht nachgegeben hat, die

den ganzen Reichtum abhocken

wollten und sich jetzt beschweren, daß ihnen dies unmöglich gemacht worden ist. Das Verlangen, Österreich-Ungarn auszuscheiden, ist nicht gerechtfertigt.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß das Reich auf die Anteile der erwähnten Gesellschaften vollen Einfluß habe.

Ein anderer Regierungsvertreter gibt Auskunft über die endgültige Rechtsform der beteiligten Unternehmungen. Der süddeutschen Gruppe wird eine Beteiligung ermöglicht. In Deutschland gab es bisher nur wenig Petroleumaffinerien. Ob es möglich sein wird, eine neue Raffinerie zu begründen, bedarf weiterer Prüfung.

Abg. Noack (Sp.): Wir sehen in den Hauptbestimmungen des Vertrages (Sicherungsmassnahmen gegen einen drohenden Wirtschaftskrieg, Klarheit vermehrt wir darüber, daß eine

Staatsrechtler Freiherr von Stein: Die Frage eines Gewinnbeteiligungs des Reiches war bei dem Friedensabschluß mit Rumänien nicht zu erledigen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Str.): Die Zugehörigkeit einer deutschen Petroleumaffinerie namentlich aus Süddeutschland wäre sehr nützlich gewesen, namentlich aus Rücksichten der Landesverteidigung.

Abg. Freiherr von Nitschthon (nlt.) meint, die Handelsgesellschaften könnten ganz verstaatlicht werden.

Abg. Graf Westarp (lon.): Eine große Last für Rumänien bedeutet das Abkommen nicht, wenigstens nicht in finanzieller Beziehung. Der

deutsche Vorteil dagegen ist zweifelhaft.

Deshalb muß das Reich an den Gewinnen reichlicher beteiligt werden und muß weitgehende Mitbestimmungsrechte erhalten. Es muß die Vorzugsrechte in seinem Sand behaupten. Die Handelsgesellschaften könnten in der Tat ganz verstaatlicht werden.

Abg. Fleisig (Sp.): Das Abkommen bringt gewiss auch Rumänien finanzielle Vorteile, es ist aber auch für uns und für Österreich-Ungarn nützlich, namentlich für Österreich-Ungarn. Wo soll das gewonnene Petroleum verarbeitet und vermarktet werden? Die starke Beteiligung des Reiches wird ja allgemein gebilligt, aber die weitere Entwicklung muß doch sorgfältig geprüft werden, ehe wir uns darauf festlegen.

In den Rumänien bestehenden deutschen Raffinerien dürfen nicht geschädigt werden, zugunsten der Ausbreitung von Raffinerieanlagen in Deutschland. Anders verhält es sich mit den bestehenden Raffinerien, die natürlich ausreichend mit Rohöl beliefert werden müssen.

Abg. Erberger (Str.): Eine ausreichende Gewinnbeteiligung des Reiches muß gesichert werden. Ob ein Monopol der richtige Weg ist, ist zweifelhaft. Das Rohöl muß, soweit es die Verhältnisse gestatten, auf die in Deutschland bestehenden Raffinerien gleichmäßig verteilt werden. Ein Gründungssteuer kann nicht ausreichen.

Ein Regierungsvertreter: Ganz so günstig, wie es scheint, sind die Rumänien nicht zugekommen. Es haben nicht das erreicht, was sie eigentlich anstreben zu können. Bei dem Kriege war die Einwirkung aus Rumänien nach Deutschland verhältnismäßig gering. Nach Österreich-Ungarn verhältnismäßig groß.

Abg. Göttsch (Sp.): Österreichische Beteiligung wird abhängen von den schwankenden Verhältnissen des galizischen Petroleum. Eine Monopolhandels-gesellschaft wäre höchst ungewünscht, auch aus politischen Gründen.

Staatsrechtler Freiherr von Stein stimmt den Ausführungen der Redner zu, wonach alle deutschen Interessen gleichmäßig berücksichtigt werden müssen. Dem Reichstage auf die Abkommen mit den Gesellschaften vorzulegen, sei nicht angängig. Rohöl oder werde der Reichstag jederzeit Auskunft erteilen.

Abg. v. Grofe (lon.): Die Rede von der indirekten

Versteuern von Rumänien ist nun wohl endgültig ausgeräumt. Wie soll denn die Gewinnbeteiligung des Reiches eigentlich nur sich geben?

Der wirtschaftliche Zulassungsvertrag und die Sonderabkommen werden genehmigt. Die Entschliessung des Zentrums werden angenommen.

Donnerstag: Wirtschaftsabkommen mit Rumänien.

berger Unversehrtheit vor jeder Zeit ins Leben gerufenen Instituts für öffentliche Wirtschaft hat Professor Stalweit eine eindrucksvolle Studie erliegen lassen, die auch von der wissenschaftlich-theoretischen Seite aus die ungeheure Bedeutung und die vielbeschwebende Zukunft des Landes darlegt, das freilich, auf dem Wege der inneren Kolonisation wie durch Ausbau der Wege und Eisenbahnen, nicht zuletzt auch durch Regulierung des Rheinflusses auch — der bisher russischen Seite, von Grund auf neu organisiert werden muß. Warum in aller Welt, so muß man, wenn man alle diese Maßnahmen und Verbesserungen hört und liest, fragen, wird nicht allmählich ein Anfang gemacht mit der wirtschaftlichen Erschließung dieses gelobten Landes? Warum in aller Welt erwidert man noch immer Barkittaden zwischen Deutschland und den „besetzten Gebieten“, anstatt zum mindesten die wirtschaftlichen Grenzen niedriger zu ziehen?

Die englische Politik verzieht es, allen militärischen Niederlagen, die sie erleiden muß, zum Trotz, inmitten dieses Krieges moralische Eroberungen, namentlich auch auf wirtschaftlichen Gebieten zu machen. In Palästina und Mesopotamien folgen den englischen Truppen die Kamele mit reichen Getreidevorräten für die einheimische, seit Monaten und Jahren Hunger leidende Bevölkerung auf dem Fuße. In Persien verkehrt es England sogar, die Sympathie der Demokraten dadurch zu erregen, daß es die Getreidevorräte im ganzen Lande geschildert aufkaufen und für billiges Geld wieder an die Bevölkerung abgeben läßt. In Deutschland, wo wir ja solche Anreize haben, hätte man anderes Erwünschtes nicht so lange zu warten brauchen, um die wirtschaftlichen Grundlagen für den Wiederaufbau der durch den Krieg besonders schwer heimgegriffenen Länder zu schaffen. Man darf die Erwartung aussprechen, daß die „Erwägungen“ nun endlich abgeschlossen und die Schleusen für den freien Wirtschaftsverkehr zwischen dem Reich und den Nachbarstaaten so schnell als es die Verhältnisse nur irgend erlauben, geöffnet werden.

Ungarns Ministerpräsident zu den Arbeitseinstellungen.

Budapest, 25. Juni. Abgeordnetenhause. Vor Überlegung zur Tagesordnung verlangte Abgeordneter Martin Loozani von der Karolstadt die Abkantung der Regierung, weil sie die Wählerreform im Stiche gelassen habe. Der Premier beantragte schließlich, die Wählerreformfrage von der Tagesordnung abzuhängen. (Großer Lärm rechts.)

Ministerpräsident Dr. Betele erklärte, es sei richtig, daß in den meisten Fabriken die Arbeit eingestellt sei. Selbst Zeitungen erscheinen nicht, was um so mehr zu beauern ist, da infolgedessen die verschiedensten Schwereisnachrichten und größten Unvorschriften Verbreitung finden. So werde die Agitation gefördert, damit die Arbeiter die Arbeit nicht aufnehmen. Der Ministerpräsident schloß: Ich lasse mich nach keiner Richtung hin terrorisieren (Beifall rechts), ich habe ruhig auf die Einstellung der Bemannung

geachtet. Die Arbeit nicht zu tun wie zum meinsten —, welche die friedliche Lösung verhindern. (Beifall rechts, Lärm links.)

Großfürst Michael an der Spitze der sibirischen Regierung?

Moskau, 24. Juni. Nach Meldung der Presse soll sich der entlassene Großfürst Michael Alexanderowitsch an die Spitze der neuen sibirischen Regierung gestellt und ein Manifest an das russische Volk erlassen haben.

In drei Monaten eine Million feindverluste.

Berlin, 26. Juni. In den der Nacht vom 24. zum 25. Juni beiderseits der Straße Tiras-Cambrai geschickten englischen Angriffen waren nachweisbar Teile von drei verschiedenen Divisionen, darunter einer kanadischen, beteiligt. Auch am 25. Juni hat die Entente wiederum an vielen Stellen der Front, von der Scarpe bis Chateau-Thierry zum Teil mit härtesten Kräften, angegriffen. Zu allen diesen täglichen Angriffen und Entzündungsvorfällen, die sämtlich unter schweren Feindverlusten ergebnislos verlaufen sind, setzt sich die Hurze und die Angriffe seit der Entente vor neuen Geleisen und die Nachrüstung ihrer letzten großen Niederlagen zwischen Elbe und Marne und zwischen Montbréil und Slogon. Die ausserordentlichen Verluste der Entente, die allein in der kurzen Zeit von drei Monaten eine Million betragen, werden durch die täglichen verächtlichen Ausreitungen der Engländer, Franzosen und Amerikaner weiterhin erheblich gesteigert.

Die Beurteilung der Rede Kühlmanns.

Wiener Urteile.

Wien, 26. Juni. Zur Rede des Staatssekretärs Kühlmann schreibt das „Freundenblatt“: Kühlmann erwies sich in seiner ganzen Auffassung stets als ein Politiker, der es versteht mit überlegener Einsicht, ohne Ueberbescheidenheit und mit gründlicher Kenntnis der Tatsachen die Ereignisse zu beurteilen. Die vom Staatssekretär dargestellten Ereignisse im Osten wiesen den Weg, auf welche Art einzig und allein der Weltkrieg zu beenden ist.

Nur der Schwertweg ist gangbar,

und führt zum ersehnten Ziele, aber das Ende des Krieges kann schließlich doch durch Verhandlungen herbeigeführt werden. Das Blatt bezeichnet schließlich mit aufrichtiger Freude die warmen, von Herzen kommenden Worte Kühlmanns über das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und seine Mitteilungen über dessen Erweiterung und Vertiefung.

Das „Tagblatt“ bespricht die Rede Kühlmanns im Zusammenhang mit der Rede Balfours und sagt, nach den Erfahrungen, die Kühlmann bereits einmal mit der Erklärung machte, daß Deutschland an eine

Annexion Belgians

nicht denkt, denn man hat nicht zu wundern, daß es diesmal Balfours Aufforderung, über Belgien zu sprechen, nicht folgen sollte. Unsere Gegner haben uns solche Zurückhaltung aufgezwungen. Als wir letztens ein Wiedervertragsprogramm aufstellten, erwiderte die Entente in einer Note an Wilson mit

einem Minimalprogramm. Daß die maßlosen Forderungen dieses Programms heute nicht mehr durchführbar sind, hat Balfour jüngst deutlich genug, wenn auch vorfichtig, jugschanden, aber dann ist es jetzt Sache der Entente mit einem gemäßigten Programm hervortreten.

Die Mittelmächte haben kein neues Angebot zu machen und werden das alte nicht wiederholen, weil Verhandlungen anderwärts bei denen von unserem Minimalprogramm und von dem Maximalprogramm unserer Gegner ausgegangen werden sollte. Verhandlungen aber sind nötig, um den Krieg zu Ende zu bringen und da die

Entente das hoffentlich noch in diesem Jahr wird beenden müssen,

können wir ihr Angebot anworten, das eine Verhandlungsgrundlage bilden muß. Das ist im Gehör der Entente, die Kühlmann Balfour erklärt hat. Er stellt ein Freund der Verständigung mit England, nur muß auch England die ersten Schritte machen.

Die „Zeit“ findet eines niederschmetternd, nämlich die Verborttheit, mit der die Rechte des Deutschen Reichstages auf den Sieg rechnet, der den Frieden ohne Verhandlungen bringen soll. Selbst der Krieg 1870/71, in dem Frankreich völlig niedergebungen wurde, fand nicht ohne Verhandlungen sein Ende.

Die Österreichische „Volkszeitung“ schreibt, es wäre sicherlich verfehlt, die Rede Kühlmanns als direktes Friedensangebot hierin zu werten, aber sicherlich bezeugt die öffentliche Meinung Kühlmanns, daß dieser Krieg ohne diplomatische Verhandlungen kaum jemals zu Ende geführt werden könne, daß sicherlich, daß Deutschland bereit ist, mit den feindlichen Regierungen in einen Gedankenaustausch einzutreten.

Man wird nun Englands Antwort abwarten müssen.

Die „Neue freie Presse“ sieht in der Friedensrede Kühlmanns die Erneuerung des Gedankens der Friedensresolution des Reichstages und sagt: Die mutigen Worte Herrn von Kühlmanns für einen Verständigungsfrieden haben bei der Mehrheit des Reichstages Beifall gefunden, der stillschweigende Grundzug dieses Krieges, die Verteilung, die Rettung von Haus und Hof, die Bewahrung des Teuersten, was wir besitzen, vor Not und Elend, diese große ja vielleicht einzige Rechtfertigung des Unterganges ist nicht gegeben, und der deutsche Staatssekretär hat recht daran getan, wieder an jenen Gedanken zu mahnen, den auch wir wollen: Verteilungskrieg, nicht Angriffskrieg, keine Eroberungen sondern ein Friede der Mäßigkeit.

Die ersten englischen Stimmen.

Amsterdam, 26. Juni. Das Reutersche Bureau telegraphisch ausführliche Kommentare der englischen Blätter zur Rede von Kühlmanns. Die „Times“ schreibt: Die Rede ent-

Deutschland in der großen Frage, um die die Welt kämpft, auch nur Sparsbreite von leeren traditionellen Anschauungen abgegangen ist. Auch bekanntlich Deutschland noch zum Militarismus, ohne auch nur die geringste Spur von Zweifel und Neue zu verraten. Der Krieg wird sicherlich solange fort-dauern, als Deutschland die Politik der Rede Kühlmanns unterstüzt. Kühlmann hält es für zweckmäßig die Tatsache zu übergeben, daß Amerika bereits am Kriege teilnimmt. Er sagt, daß die Alliierten keine tatsächliche Erklärung über ihre Kriegsziele abgegeben haben. Er wird aber die meisten dieser Ziele mit einer Präzision, die Deutschland nicht nachkommen mag, in den

Reden des Präsidenten Wilson

finden, nämlich in einer Vorlesung an den Kongress vom letzten Jahre. Unter ihnen nimmt eine hervorzuhebende Stellung die Forderung nach Wahrung der Nationen zuzunehmen. Ein solches Ziel geben würde, mit Hilfe der freien Nationen selbst über seine Entzweiung und Politik zu entscheiden. „Daily Express“ schreibt: Die Alliierten haben nicht die Absicht über einen Frieden zu verhandeln, der Deutschland die Hebermacht in Osteuropa überlassen würde. „Daily Chronicle“ schreibt in einem „Friedensoffensiv“ feinsten Artikel: Kühlmann habe unterlassen zu sagen, daß die Alliierten mehr als einmal ziemlich ausführlich öffentlich ihre Friedensverhandlungen formalisiert, während Deutschland sich darauf beschränkt habe, zu erklären, daß sein Gebiet einschließliche der Kolonien und das Gebiet seiner Verbündeten ungeschmälert erhalten bleiben müsse. Kühlmann sagte, daß Deutschland nie daran gedacht habe,

Europa und die Welt zu beherrschen.

Er sprach gleichgültig von Verträgen in Mittel- und Ost-europa, die, wenn sie von Dauer wären, Deutschland in diese Lage setzen würde. Das Blatt schließt mit den üblichen An-schuldigungen gegen Deutschlands Vertragsbrüche und Grenzver-leiten.

Die anderen Blätter äußern sich ähnlich: „Daily News“ schreibt: Wenn Kühlmann Darlegungen die gegenwärtig in Deutschland herrschende Stimmung wiedergeben, so läßt zu befürchten, daß die

Friedenskonferenz noch nicht in Aussicht

ist. Im übrigen hatten es die Blätter für ein gutes Zeichen, daß auch Kühlmann der Ansicht ist, daß der Krieg nicht durch eine militärische Entscheidung beendet werden könne. Dies sei wenigstens etwas, nämlich der Anfang des Willens zum Frieden.

Die österreichische Regierungskette.

Wien, 26. Juni. Den Abendblättern zufolge letzte Graf Selys Tattenau heute gemäß dem kaiserlichen Auftrag die Prüfung der Frage ob die Staatsnotwendigkeiten auf par-